

Beiträge und Bemerkungen

zu einer

Advokaten - Tarordnung.

München.

Druck und Verlag von Georg Franz.

1846.

Einleitung.

So wenig sich auch Manche die Folgesätze der zur Zeit am meisten hervortretenden Ansichten über die anwaltshaflichen Verhältnisse deutlich gemacht haben möchten, so liegt es doch wohl in der Consequenz der Prinzipien, daß derjenige, welcher die Advokatur lediglich nur als ein rein privatrechtliches Dienstesverhältniß betrachtet, die anwaltshafliche Beistandleistung der freien Konkurrenz überlassen müsse, und nur unter dieser Voraussetzung von einer Advokaten-Tarordnung keine Rede mehr seyn kann; denn wenn schon bezüglich des untern Gewerbestandes der Rechtsgrund und die Zweckmäßigkeit eines zunftmäßigen Organismus nach den modernen Ansichten des Staates bezweifelt werden will, so wird wohl um so minder bei den Künsten und Wissenschaften von derlei Beschränkungen die Rede seyn können.

Es ist hier die Absicht nicht, das Grundfalsche und Irrthümliche dieser Ansichten über die Natur und das Wesen der Advokatur zu widerlegen und zu berichtigen, indem Erörterungen über eine Advokaten-Tarordnung schon von vorneherein einen Advokaten-Stand voraussetzen, welchem die Advokatur als ein Staatsamt zum Grunde liegt, und dem ein der Eigenthümlichkeit eines solchen Organismus ent-

sprechendes Besoldungssystem nothwendig zur Seite stehen muß.

In so ferne die Advokatur*) ein Staatsinstitut ist, wodurch das Verständniß der allgemeinen künstlichen Gesetzgebung des modernen Staates, sowohl dem beschränkten Gesichtskreise, als auch dem einseitigen Egoismus des einzelnen Staatsbürgers gegenüber vermittelt, und ein Organ konstituiert werden soll, welches als Consulent und Interpret dem einzelnen Privaten auf gleiche Weise zur Seite steht, wie der Richter dem Staate, um die Anwendung des Gesetzes möglich und wirklich zu machen, — fällt es von selbst in die Begriffe, daß die Erhaltung eines solchen Institutes eben so wenig der Willkür des Einzelnen preisgegeben, als nach den Grundsätzen eines staatsdienlichen Besoldungssystemes behandelt werden könne.

Fast unerklärbar scheint es aber, wie die eigentliche Natur dieser Verhältnisse bei der Entwicklung und Ausbildung des modernen Staatsorganismus so wenig Berücksichtigung finden konnte, und wie es bis zur Stunde weder in der Doktrin, noch in den positiven Gesetzgebungen zu einer allgemeinen klaren Anschauung dieses so tief in das Staatsleben eingreifenden Gegenstandes gekommen ist. Wenn in den Lehrbüchern und Compendien über Prozeß u. nicht nur von einer Verbindlichkeit jedes Staatsbürgers, das gehörig

*) Der königl. Advokat Manostetter hat in einem (lithograph.) Vortrage als Mitglied einer i. J. 1827 zur Bearbeitung einer Advokaten-Ordnung für Bayern niedergesetzten Kommission das der Advokatur zum Grunde liegende Princip auf wissenschaftlichem Wege so klar und bestimmt nachgewiesen, daß es wohl kaum widerlegt werden kann. — Grunds. Versuch über das rechtl. polit. Verhältniß des öffentlichen Sachwalters zum Staate. Seite 19 u. 23.

publicirte Recht zu kennen und richtig anzuwenden*), sondern auch von einer Verpflichtung der Advokaten gesprochen wird, keine Unwahrheit zu sagen, keine ungerechte Sache zu übernehmen, wenn in denselben noch bis zur Stunde nicht ausgemittelt ist, welches Rechtsverhältniß zwischen Anwalt und Klienten bestehe, ob es ein ungenannter Contract sey (do ut facias), ob ein Mandat, ob eine locatio operarum u., so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die ganze Lehre zur Zeit noch einer streng wissenschaftlichen Behandlung und Ausführung in ihren Folgefällen ermangle, und die Frage mit der leeren, hingeworfenen Phrase, — es sey eben ein wissenschaftliches Gewerbe, nicht beantwortet seyn könne.

Die Richtigkeit dieser Behauptung erweist sich schon aus dem Umstande, daß man den Advokaten-Tax-Ordnungen immer nur vorzugsweise den Zweck unterlegt, die Klienten vor Ueberbürdung und Uebervortheilung der anwaltlichen Gebühren zu schützen, während doch diese Rücksicht für eine derlei Taxordnung nur sekundärer Natur ist, der Grund derselben weit tiefer, in den Fundamenten der staatsbürgerlichen Ordnung selbst liegt, und der Regierung im Hinblick auf ihre Aufgabe an und für sich schon, und vorerst noch ohne spezielle Rücksicht auf den Anwalt oder Klienten an einer Advokaten-Tax-Ordnung, als der materiellen Grundlage des anwaltschaftlichen Institutes überhaupt, wesentlich gelegen seyn muß.

Eine Advokaten-Tax-Ordnung hat die schwere Aufgabe den Anwalt, welcher zugleich in einem besonderen Verbindlichkeits-Verhältniß zu der vorhandenen Gesetzgebung des Staates, und zugleich in einem besonderen Dienstes-Verhält-

*) Thibaut, Pand.-System I. §. 28. L. 9. C. de leg. (1. 14).

nisse zum Klienten steht, nach beiden Seiten hin im Auge zu behalten, und seine Stellung als Vermittler zwischen der Allgemeinheit und dem Individuum auch bezüglich des aufzustellenden Besoldungssystems festzuhalten; denn der Grund und die Nothwendigkeit einer solchen Taxordnung liegt eben in dem Umstande, daß der Anwalt für seine Bemühungen zwar von jeder Partei selbst, welcher er seine Kräfte widmet, honorirt werden soll, daß er jedoch seiner Partei auf keine Weise in der Art untergeordnet werde, daß er aufhöret, der parteilose Interpret des Gesetzes, das Organ der Wahrheit und des Rechtes zu seyn.

Es ist nicht genug, daß der Anwalt selbstständig und frei dem Richter gegenüber gestellt sey, er muß auch der Clientel gegenüber ein unabhängiger Herr seiner Ueberzeugungen und Ansichten zu seyn Fug und Macht haben. Gerade aus diesem Grunde muß aber eine Advokaten-Tax-Ordnung nicht nur im wesentlichen Interesse der Anwälte selbst als Palladium ihrer Selbstständigkeit und Freiheit, sondern auch vom Staate, dem dieses Institut als integrierender wesentlicher Bestandtheil der Legislation angehört, in Anspruch genommen werden. Advokatur und Advokaten-Tax-Ordnung muß man daher so innig mit einander verflochten betrachten, daß eine die andere bedingt, und die Behauptung gerechtfertigt erscheint, es könne und solle ohne letztere eine Patrocinanz gar nicht gestattet werden.

So wenig es aber angeht, den Anwalt bei der vermittelnden Stellung, die er auf der einen Seite dem Staate, auf der anderen dem Klienten gegenüber einzunehmen hat, wie jeden anderen Staatsdiener zu besolden, so wenig kann seine Honorirung mit der Bezahlung eines reinen Privatdienstes auf gleiche Linie gestellt seyn.

Zwar wird z. B. der Arzt honorirt, und in vielen Ländern bestehen auch für ihn eigene Tax-Regulative; allein in dieser Eigenschaft an und für sich steht er mit der Regierung des Staates als solcher weder vermittelnd, noch Hülfe leistend im geringsten Verande, — seine Nothwendigkeit wurzelt in dem Bedürfnisse der Einzelnen allein und die Regierung überwacht dieses Verhältniß, wie jedes andere im Staate, rein nur aus staatspolitischen Rücksichten, keineswegs aber als Anstalt, welche den Akt des Regierens selbst möglich machen, und gleichsam das vermittelnde Organ zwischen dem Regierenden und Regierten bilden soll. Eine Medizinal-Tax-Ordnung hat daher ihren Entstehungs- und Rechtfertigungsgrund einzig und allein nur im Verhältnisse des Arztes und Klienten, hier handelt es sich nur um Beseitigung einer excessiven Ueberbürdung oder Schmälerung Eines der beiden Betheiligten, während bei einer Advokaten-Tax-Ordnung die Existenz eines Standes in Frage steht, dessen Stellung im Interesse des Staates nothwendig darauf basirt seyn muß, daß er nicht in Folge einer gedrückten finanziellen Lage oder im Speculationsseifer baldmöglichst in der Reihe der Geldaristocraten eine selbstständige Stellung einzunehmen, zu einem verkäuflichen Werkzeuge trug- und ränkevoller Parteien oder seiner eigenen Leidenschaften und selbstsüchtigen Privat-Zwecke herabsinke, und aufhöre zwischen Volk und Regierung jenes ehrenhafte vermittelnde Organ zu seyn, ohne welches keine Legislation im Staate nachhaltige Wirksamkeit äußert, sohin auch keine Staatsregierung auf eine lebenskräftige, volksthümliche Basis gestützt ist.

Die Bestätigung der Richtigkeit dieser Unterscheidung ersieht man schon daraus, daß sich sogleich das ganze Sachverhältniß verändert, wenn z. B. der praktische Arzt in die Stellung eines Gerichtsarztes hinübertritt; denn von nun an

bildet er auf ganz analoge Weise, gleich dem Anwalte, ein vermittelndes Organ der Staatsregierung, und seine Stellung zur letzteren, sowie zur Partei, wird eine diesem Verhältnisse eigenthümliche Form erhalten müssen.

Diese principiellen Ansichten über die Natur und Nothwendigkeit einer Advokaten-Tax-Ordnung voraussetzend, sind nun die weiteren, sich hieraus entwickelnden allgemeinen Grundsätze selbst festzustellen*).

1. Wenn es sich mit der eigenthümlichen Stellung des Anwaltes zum Staate und zur Partei nicht verträgt, ein für allemal ohne Rücksicht auf die Zahl der Klienten und der von ihnen in Anspruch genommenen Mühewaltung eine jährliche fixe Besoldung festzustellen, ohne damit zugleich sowohl den steten Eifer des Anwaltes für den Klienten, als auch das Vertrauen des letzteren auf die Patrocinanz zu schwächen, so kann auch die diese Besoldung supplirende Tax-Ordnung nur in modificirter Weise die Festsetzung be-

*) Advokat Meinel stellt in seinem (lithograph.) Vortrage als Mitglied der im Jahre 1827 zur Bearbeitung einer Advokaten-Tax-Ordnung für Bayern niedergesetzten Commission derselben die Aufgabe:

- 1) Dem Advokaten bei gewöhnlichem Fleiße eine anständige Existenz zu sichern, und dabei den jetzigen Preis der Bedürfnisse des gesellschaftlichen Lebens vor Augen zu haben;
- 2) demselben es dabei möglich zu machen, für die Zeit, wo Krankheit oder Alter seine Thätigkeit ganz oder zum Theile lähmt, sowie für seine Familie nach seinem Tode einen hinreichenden Unterhaltfond zu erübrigen;
- 3) ihn von der Gunst und Willkür des Richters unabhängig zu machen;
- 4) das Honorar mit den Arbeiten, dem Zeitverlust und der körperlichen und physischen Anstrengung, welche jene verursacht, in ein richtiges Verhältniß zu setzen.

stimmter Beträge enthalten, und sie muß auf eine Grundlage gestützt seyn, welche dem Anwalte einen gewissen Raum frei gibt, innerhalb dessen er sich selbst nach der Ungunst oder Gunst der Verhältnisse und wandelbaren Zeitumstände die Einnahme nach eigenem Ermessen fixiren kann und darf.

Wenn es auf der einen Seite den Parteien freisteht, sich der aufgestellten Anwälte nach ihren individuellen Ansichten und Verhältnissen beliebig zu bedienen u., so muß auf der anderen Seite auch dem Anwalte eine gewisse Latitudo gegeben seyn, seine Mühewaltung in einem höheren oder geringeren Maße anzuschlagen, sohin gleichfalls seinen individuellen Verhältnissen, Talenten; Sorgen und Mühen, Studien und Vorarbeiten, seinem Eifer und Fleiße, seiner Beharrlichkeit und Behutsamkeit, seiner Geduld und Anstrengung wenigstens bis zu einem gewissen Grade Geltung und Achtung zu verschaffen.

2. Die Einstellung bloßer Aversalbeträge für den ganzen Umfang der Mühewaltung oder gewisser Stadien derselben, welche ein Anwalt seinem Klienten geleistet hat, würde zwar einem staatsdienerlichen Besoldungs-Systeme am nächsten kommen; da es aber in der Anwendung denn doch immer nur aus den Anhaltspunkten eruiert werden müßte, welche die einzelnen Einrichtungen der konkreten Mühewaltung darbieten, so ist nicht abzusehen, warum man nicht auf diese einzelnen Handlungen und Einrichtungen selbst das Taxsystem basiren sollte. Aversalbeträge möchten daher am zweckmäßigsten nur auf jene Rubriken anzuwenden seyn, wo es sich mehr um Gegenstände handelt, (siehe nachfolgende Nr. 8 u. 9), welche nach einem allgemeinen Berechnungsmaße regulirbar sind, und die Geschäftsthätigkeit des Anwaltes selbst unmittelbar nicht berühren; denn

3. die Stellung des Anwaltes zur Partei erhellt nothwendig spezielle Tarife für jede einzelne vorgenommene Handlung, und es liegt offenbar im Interesse jedes Klienten, daß sein Anwalt nicht durch ein auf bloße Aversalt-Beträge basirtes Tarssystem nach gewissen Stadien des Prozesses verleitet werde, die einzelnen in diesen Stadien begriffenen Handlungen minder sorgfältig zu pflegen, resp. per Bausch zu arbeiten, wie per Bausch honorirt wird.

Gleichwie es dem Principe widerspricht auf den Anwalt ein staatsdienerliches Besoldungssystem anzuwenden, ebenso wenig kann man darüber in Zweifel seyn, daß der Anwalt, welcher von jeder einzelnen Partei speziell honorirt werden soll, auch in jeder einzelnen Sache von jeder Partei einzeln für jede einzelne Handlung honorirt werden müsse.

Aversaltaren sind übrigens nur da ausführbar, wo man sie mit dem Prozentensysteme in Verbindung setzt. Wenn nun aber schon letzteres mangelhaft und ungerecht ist, insoferne dabei der Moment der eigentlichen Mühewaltung selbst unberücksichtigt gelassen, und gerade das, woran dem Klienten am meisten gelegen ist, daß nämlich gut gearbeitet werde, keiner Beachtung gewürdigt wird, — so trifft auch das System von Aversaltaren derselbe Tadel. Von der Berücksichtigung der einzelnen Handlungen kann man nur da absehen, wo ein förmliches Besoldungssystem für die ganze Totalität der Wirksamkeit eines Beamten für seine ganze Lebenszeit ohne Rücksicht auf die einzelnen Personen und Sachen besteht, und wo sodann durch die Diensthierarchie und Gliederung des Beamtenstandes selbst schon Vorsorge getroffen ist, daß der Dienst, welcher der Gesamtheit im Staate geleistet wird, zugleich auch auf den Einzelnen herab nütze und wirke.

4. Man legt der Advokaten-Tar-Ordnung sehr häufig den Werth des Streitobjectes nach einer gewissen

Prozenten-Scala als einzige Basis unter. Gerade dieses System aber erscheint als das ungewöhnlichste und unnatürlichste, denn vor allem muß wohl doch die Mühewaltung selbst zunächst als Maßstab der Taxirung angesehen werden; wie wenig und selten aber diese in einem inneren und nothwendigen Zusammenhange mit dem Werthe des Streitgegenstandes steht, fällt von selbst in die Begriffe.

In so ferne man davon spricht, daß dieser Moment auch mit in die Waagschale gelegt werde, ist wenig dagegen einzuwenden, in so ferne man aber das ganze System vorzugsweise darauf baut, und zwar leider gewöhnlich nur deshalb, weil es die einfachsten und bequemsten Anhaltspunkte darbietet, ist es gewiß nicht zu rechtfertigen.

Uebrigens dürfen diejenigen, welche den Werth des Streitgegenstandes als Maßstab annehmen, in so ferne sie consequent seyn wollen, auch eben so wenig die Vermögensverhältnisse des Klienten unberücksichtigt lassen, und es liegt sodann in der Natur der Sache, daß beide Momente selbstständig neben einander in Betrachtung gezogen werden müssen.

Der Moment der größeren oder geringeren Schwierigkeit der geleisteten Handlung wird aber sodann offenbar als dritter Factor um so minder außer Acht gelassen werden können, als es sich ja um dessen Ausmittlung resp. Taxirung hier der Natur der Sache nach vorzüglich handeln muß, und dieses Prinzip bei einer Advokaten-Tar-Ordnung wohl modifizirt, niemals aber an sich selbst aufgegeben werden darf.

5. Es ist nun aber noch zugleich eines anderen Extremes zu erwähnen. Während nämlich die Einen die anwaltliche Mühewaltung intarabel erachten, und selbe jeder Begrenzung entheben möchten, glauben Andere allein nur

in der Bogen- und Stundenzahl die Tarirung des Gegenstandes der Arbeit gefunden zu haben.

Eine Vermittlung dieser beiden Gegensätze scheint aber nicht nur nothwendig, sondern auch möglich zu seyn.

Wer die Honorirung rein nur vom Inhalte der geleisteten Mühewaltung abhängig gemacht wissen will, müßte consequenter Weise überhaupt jeder Tar-Ordnung entgegen treten, indem selbe von diesem Gesichtspunkte aus schon von vorne herein nicht realisirbar wäre. In so ferne aber selbe dem ohngeachtet postulirt werden will oder muß, versteht es sich auch von selbst, daß eine solche Tar-Ordnung gewisse formelle Anhaltspunkte nicht entbehren kann, und daß sodann die den beiden Mittheilungsweisen des geschäftlichen Lebens entsprechende Ausscheidung in schriftliche und persönliche (lebende) Mühewaltung nach Bogen- und Stundenzahl denn doch immer als der natürlichste Anhaltspunkt angesehen werden müsse.

Es stellt sich demnach als Grundsatz heraus, daß eine Tar-Ordnung ebenso wenig nur allein auf bloß formelle Anhaltspunkte, als auch lediglich nur auf materielle Rücksichten basirt werden könne und dürfe, sondern daß sie nur in so ferne den an sie gemachten Anforderungen entspricht, als sie beide Systeme auf eine angemessene Weise verbindet, und neben der Fixirung gewisser Gränzlinien innerhalb derselben der freien Entwicklung und Konkurrenz durch Feststellung eines gewissen minimum und maximum einen angemessenen Spielraum läßt.

6. Der zunächst liegende und wichtigste Beruf des Advokaten besteht unleugbar in seiner Eigenschaft als Gesetzes-Interpret und Consulent des Klienten, und sein weiteres Geschäft als Anwalt im eigentlichen Sinne fängt erst da an, wo er sich jenem ersten Berufe bereits gewidmet hat.

Die Regierungen haben alle Ursache diese Stellung auf alle Weise zu schützen, zu pflegen, zu befördern und selbst das Notariat in modifizirter Weise jenen Händen anzuvertrauen, welche ihrem ursprünglichen Berufe nach am geschicktesten und geeignetsten sind, die Gesetze schon von vorne herein und nicht erst im Prozeßwege, nach einem vorausgegangenen Heilungsprozesse, vor Krankheit und Ansteckung zu bewahren.

Von diesem Standpunkte aus sollte man aber auch bei der Organisation der Advokatur vor Allem ausgehen, und darauf hinwirken, die finanzielle Lage des Anwaltes nicht so fast von dem Einkommen, welches aus der Führung der Prozesse, aus Zant und Hader hervorgeht, sondern vorzugsweise von dem Honorare abhängig zu machen, welches der Anwalt als geborner Interpret und Consulent des Klienten anzusprechen hat.

Statt die Anwälte von den Verhandlungen im Notariate möglichst zu befreien, sollte man gerade umgekehrt bei diesem ihre Mitwirkung als Regel festhalten, und keine Partei ohne Rechtsbeistand zugelassen werden. Hierdurch würde aber auch zugleich eine Lücke jeder Advokaten-Tar-Ordnung auf die angemessenste Weise beseitigt, nämlich auf der einen Seite die finanzielle Lage des Anwaltes wenigstens nach einer Richtung hin in einer constanten Weise auf eine sichere, sich ziemlich gleich bleibende Einnahmequelle fundirt, andererseits aber die Vervollkommenung des Notariats auf die wenigst kostspielige Weise effectuirt, indem diese Taxen im Hinblick auf den Umstand, daß sie dem Anwalte eine sichere Einnahme gewähren, sehr billig gestellt und mit den Gerichtskosten selbst zugleich erhoben werden könnten.

Eine dieser Ansicht entsprechende Einrichtung, etwa unter

dem Namen Official-Assistenz, wie sie in einer im Jahre 1837 erschienenen sehr beachtungswerthen Placé*) angedeutet ist, würde als eine wesentliche Verbesserung nicht nur des anwaltlichen Institutes überhaupt, sondern auch insbesondere als eine Ergänzung der mit jeder Advokaten-Tax-Ordnung verbundenen Lückenhaftigkeit angesehen werden können.

7. Als die wichtigste Sparte im Berufe des Anwaltes ist die Information, resp. Consultation und das Aktenstudium anzusehen. Es ist dieses sohin auch die einzige Seite, worin eine Tax-Ordnung mit besonderer Vorsicht zu Werke gehen sollte; gerade hierin darf der Fleiß, die Beharrlichkeit, die Unparteilichkeit, das Pflichtgefühl des Anwaltes am wenigsten verletzt und mit harter Hand behandelt werden. Die zur Zeit gangbaren Grundsätze über Advokaten-Deserviten versündigen sich gerade hierin am meisten, indem sie die Ansätze für diese Bemühungen nur so nebenher im Allgemeinen gelten lassen, und den Anwalt nöthigen, gerade den mühsamsten Theil seines Tagwerkes entweder zu vernachlässigen und oberflächlich zu behandeln, oder den dießfalligen Entgang auf Nebenwegen hereinzubringen. Es muß Grundsatz einer vernünftigen Tax-Ordnung seyn, diese Bemühungen speziell zu belohnen, und die Einstellung selbstständiger Positionen für dieselben in die Deserviten-Verzeichnisse zu gestatten.

Vor Allem muß dem Staate daran liegen, daß der Client vom Anwalte belehrt, unterrichtet werde, und erst in zweiter Linie steht dann die Vertretung des Clienten durch den Anwalt.

*) Ueber Verbesserung der Stellung und Sicherung der Subsistenz der Advokaten. München 1837, bei Ph. J. Bayer.

8. Das Kanzlei-, Registratur- und Rechnungswesen bedarf heutiges Tages fast allenthalben einer großen Nachhülfe und die Bureaux der Anwälte bilden hievon keine Ausnahme, — diese Sparten werden gewöhnlich nicht nur vom finanziellen, sondern auch vom geschäftlichen Standpunkte aus ziemlich stiefmütterlich behandelt, — es waltet leider das Vorurtheil ob, es seyen diese Dienste zu mechanisch und niedrig, als daß sich der wissenschaftlich Gebildete damit befassen sollte. Allein so lange menschliche Institute existiren, wird man sich dieser mechanischen Formen nicht entledigen können, und es ist nie unter der Würde eines guten Geschäftsmannes, ja es ist eine Bedingniß desselben, daß er diese Formen sorgfältig regle, leite und überwache. Dieser Theil ist fast allenthalben vernachlässigt. Nur die Kaufleute in ihren Comptoirs und die Militärs in ihren Kasernen zeichnen sich in den geregelten und bündigen Einrichtungen des mechanischen Geschäfts-Theiles ihrer Dienstesubalternen aus, und es wird auch in unser Kanzlei- und Registraturwesen nicht früher Ordnung und Zweckmäßigkeit kommen, bis man sie nicht nach ähnlichen Grundsätzen einrichtet und behandelt.

Hiernach versteht es sich aber von selbst, daß die Bemühungen und der Zeitverlust, welchen das Registratur- und Rechnungswesen in Anspruch nehmen, und zu deren Versorgung bei einer großen Zahl von Anwälten ein eigener Hilfsarbeiter erforderlich ist, in der Taxordnung eine eigene Position erhalten müssen, und weder in der Taxe für die eigentliche anwaltshafliche Mühewaltung, noch in den Gebühren für Copialien mit inbegriffen seyn können. — Wie viele Verantwortlichkeiten, Sorgen und Vorsichtsmaßregeln bringt nicht das Depositenwesen, sowohl bezüglich der fremden Papiere und Originalurkunden, als auch der eingehobe-

nen Gelber und anderweitiger nicht selten höchst werthvoller Effekten für einen Anwalt mit sich?

Uebrigens möchte bezüglich dieser Position die Einstellung von Aversalbeträgen am zweckmäßigsten seyn*).

9. Gleichwie jedem Geschäfte ein gewisses Verlagskapital zur Seite stehen und gleichwie den verschiedenen Stellen und Aemtern des Staates ein gewisser Kanzleieringenzfond zugewiesen seyn muß, eben so wenig kann auch von der Advokatur das dießfalls aufzuwendende Kapital außer Anschlag gelassen werden, und es muß in einer Advokaten-Tax-Ordnung dieser Kostenansatz wenigstens nach Aversalbeträgen*) gesondert in Rechnung gestellt werden dürfen, wenn sie systematisch und vollständig seyn und den Anwalt nicht in die Nothwendigkeit versetzen soll, sich auf indirekten, ungeeigneten Wegen einen Ersatz für dasjenige zu erholen, was ihm eine lückenhafte Gesetzgebung mit Unrecht entzogen hat.

Diese Kanzleieringenz ist übrigens keineswegs so unbedeutend, als Mancher ohne nähere Kenntniß und Einsicht der Verhältnisse beim ersten flüchtigen Anblicke glauben mag. Zu diesen Bedürfnissen gehört:

- a) Ein eigenes Arbeitszimmer; in vielen Fällen auch ein Unterredungszimmer.
- b) Ein Kanzleizimmer.
- c) Registraturlokal.
- d) Beheizung und Reinigung der Geschäftszimmer und Beleuchtung derselben.
- e) Substitut in Fällen der Verhinderung oder Abwesenheit (Concipist).
- f) Bureaudiener, resp. Bote.

*) Siehe oben Nr. 2.

g) Schreibmaterialien 2c.

h) Bibliothek, Regierungsblätter 2c.

10. Eine Tax-Ordnung muß auch örtliche und persönliche Verhältnisse bis auf einen gewissen Grad würdigen, und es wird auch vom finanziellen Standpunkte aus unter den Anwälten selbst wenigstens in Bezug auf Wohnsitz und Alter eine gewisse Auscheidung und Auszeichnung nothwendig seyn.

In einer großen, volkreichen Stadt mit ihren complizirten gewerblichen und commerciellen Verhältnissen ist die Stellung eines Anwaltes eine ganz andere, als auf dem flachen Lande, wo das ganze Geschäftsleben in seinem einfachen und ruhigen Gange fortschreitet und die Lebensbedürfnisse in ganz anderen Verhältnissen stehen. Auf gleiche Weise möchte auch ein Anwalt, welcher sich bereits eine Reihe von Jahren der Praxis gewidmet, und bereits einen gewissen Ruf gegründet hat, eine besondere Auszeichnung um so mehr in Anspruch zu nehmen haben, als sich mit dem fortschreitenden Alter die Kräfte mindern, und die Geschäftsführung eine größere Anstrengung erheischt.

11. Es muß den oben aufgestellten Grundsätzen gemäß der Regierung selbst — was leider so häufig übersehen wird — daran liegen, die finanzielle Existenz der Anwälte nicht nur für diese selbst, sondern auch für ihre Wittwen und Waisen*) möglichst sicher zu stellen, und wenn auch die eigenthümliche Stellung des Institutes der Advokatur kein eigentliches Besoldungssystem zuläßt, so ist es doch die Auf-

*) Bayern ist der erste und zur Zeit einzige Staat in Europa, welcher i. J. 1808 für die Advokaten-Wittwen und Waisen eine eigene Pensionsanstalt gegründet, und derselben alle Privilegien und Rechte einer Centralwohlthätigkeits-Stiftung zugewendet hat. Diese Anstalt verdankt ihre Gründung der Verwendung des damaligen

gabe der an ihre Stelle tretenden Tax-Ordnung, letztere möglichst den Grundsätzen ihrer Bestallungen anzunähern, und alles zu beseitigen, was kein nothwendiges Annexum dieses Standes ist, dabei aber die finanzielle Stellung des Anwaltes precär macht. Es liegt demnach offenbar im Interesse des Staates selbst, daß die Anwaltsgebühren nicht unmittelbar vom Anwalte, sondern vom Gerichte zugleich mit den Gerichtstaxen erhoben und an den Anwalt hinübergegeben werden. So lange aber dieses nicht geschieht, liegt es wenigstens in der Natur der Sache, daß dem Anwalte nicht nur die Ablösung der Gerichtstaxen niemals zur Pflicht gemacht werden soll, sondern daß er auch bezüglich seiner eigenen Deserviten und Auslagen diejenigen Sicherheits- und Vorzugsrechte genießen soll, welche anderen derlei Instituten des Staates und selbst gewissen Privatpersonen eingeräumt sind.

Die Advokaten-Ordnungen haben zwar die Nothwendigkeit, in dieser Beziehung zu Gunsten des Anwaltes eine Vorsorge zu treffen, auch längst anerkannt, und derselben durch die Bestimmungen über Vorschüsse vorzubeugen geglaubt. Allein es fällt in die Begriffe, daß dieses Expediens unzureichend und unpraktisch ist, indem sich die Parteien darum,

Hofgerichts-Präsidenten, nachmaligen Staatsministers Grafen v. Meigensberg. Unter dem Ministerium des Frh'n. v. Schrenk, welcher dieser Anstalt seine besondere Fürsorge widmet, wurde dieselbe einem von den Mitgliedern des Advokaten-Standes gewählten Centralausschusse zur selbsteigenen Verwaltung übergeben, und dadurch diesem Institute auch für die Zukunft im kräftigen Zusammenwirken der Bethelligten eine erfreuliche Aussicht eröffnet.

Gegenwärtig übriget nur noch eine gleiche Pensionsanstalt für Anwälte, welche durch Unglücksfälle, Krankheit und Alter in eine hilfsbedürftige Lage versetzt sind.

weil sie nicht in die Kategorie jener Personen gehören, welche das Armenrecht anzusprechen haben, noch keineswegs auch immer in Vermögensverhältnissen befinden, welche ihnen die Leistung von Vorschüssen möglich machen.

12. Den aufgestellten Prinzipien gemäß, kann es sich nun und nimmermehr mit der unabhängigen Stellung des Anwaltes vertragen, daß er sich mit seiner Klientel über das Honorar in ein Handeln und Markten einlasse*), und selbst diejenigen, welche der Advokatur die Basis eines wissenschaftlichen Gewerbes und freie Konkurrenz unterbreiten, treten der Würde dieses Standes entgegen, wenn sie derlei Verträge zulassen. Solche Verträge müßten natürlich vor Uebnahme oder während des Verlaufes des Geschäftes abgeschlossen werden, und es liegt sodann immer etwas Unwürdiges und Unedles darin, sich mit der Hülfe suchenden bedrängten Partei über den Preis dieser Hülfe zu vertragen; zudem kann ja in diesem Momente der Anwalt selbst noch nicht, viel weniger der Klient bemessen, ob der verlangte Preis der geleisteten Hülfe angemessen seyn werde oder nicht.

Eine Ausnahme von dieser Regel läßt sich höchstens dann rechtfertigen, wenn das Honorar den Charakter einer Bestallung, Besoldung annimmt, und dürfte selber deshalb stattgegeben werden, um den Anwälten die Uebnahme von Consulentgeschäften großer Guts herrn nicht ganz zu verschließen.

*) Das Negociren von Anlehen und der nur Consulen zustehenden Geldgeschäfte steht ebenfalls mit dem Berufe der Advokatur im Widerspruch und sollte nicht gestattet werden.

Ueber die Organisation des Advokaten-Standes von Ramdohr. S. 236.

18. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß es mit der nothwendigen Selbstständigkeit des Anwaltes den Gerichten gegenüber nicht vereinbarlich ist, letzteren im Falle einer obwaltenden Differenz zwischen dem Anwalte und Klienten die Feststellung und Entscheidung zu übertragen. Allein diejenigen, welche in der Einführung des Institutes der Advokaten-Collegien eine passende Gelegenheit finden wollen, letzteren auch die Schlichtung dieser Differenzen zu überbürden, verfallen in dieselbe Inconsequenz, und man müßte dieses um so mehr für einen argen Mißgriff erkennen, als dadurch das Institut der Advokaten-Collegien, welches in so mancher Beziehung für den Advokatenstand höchst heilbringend werden kann, schon von vornherein in der öffentlichen Meinung Mißtrauen erwecken müßte.

Dagegen scheint im gegebenen Falle die Substituierung von Schiedsgerichten ganz vorzüglich am Plage zu seyn, indem diese Proceßur Verhältnissen, welche schon ihrer Natur nach eine in starre Formen gebannte Beweisstheorie nicht verträgt, am angemessensten ist.

Nachdem nun im Vorstehenden die Grundzüge einer alle Umstände gleichmäßig berücksichtigenden Advokaten-Tax-Ordnung bezeichnet worden sind, fragt es sich um ihre Anwendung und Ausführbarkeit, bezüglich der speziellen Bestimmungen einer solchen Tax-Ordnung selbst, und es ist hiebei um so mehr der in jüngster Zeit für Gegenstände des geschäftlichen Lebens gewöhnlich betretene Weg einzuschlagen, die Statuten eines solchen Institutes sogleich selbst im Detail zu entwerfen, als diese Methode den Anforderungen einer Aufgabe des praktischen Lebens schon darum ganz vorzugsweise entspricht, weil die Nützlichkeit und Ausführbarkeit einer Idee am sichersten bei einer solchen

Formulirung, welche ohne gleichzeitigen Rückblick auf das Detail des wirklichen Lebens nicht wohl geschehen kann, geprüft und ausgemittelt wird.

Die eingestellten Zahlen sind übrigens nur versuchs- und beispieisweise gewählt, da deren fixe Feststellung nur auf den Grund statistischer Vorarbeiten ausgemittelt werden könnte, wozu nur den Behörden die geeigneten Materialien und statistischen Behelfe zu Gebote stehen.

Entwurf einer Advokaten-Tar-Ordnung*).

§. 1.

Jeder Anwalt hat das Recht für seine Leistungen von demjenigen, welcher sie in Anspruch nimmt, die Honorirung und Auslagenvergütung nach folgenden Bestimmungen zu verlangen.

§. 2.

Keinem Anwalte ist es gestattet, vor oder während der Besorgung des übertragenen Geschäftes mit seinem Klienten über die Größe und Zahlungsweise des Honorars, so wie über ein bestimmtes aversum, oder ein palmarium einen Vertrag abzuschließen; jedoch steht es demselben frei, sich über einen jährlichen Gehalt außergerichtlich oder gerichtlich zu vertragen, nur muß dieser Vertrag schriftlich abgefaßt werden.

§. 3.

1) Kein Anwalt ist verbunden, für seinen Klienten Taxen der Gerichte und Behörden abzulösen, sondern selbe sind von der Partei unmittelbar zu erheben, und ist letztere in dem Falle, als sie außer dem betreffenden Gerichtsprengel wohnt, vom Gerichte anzuhalten, angemessene Taxvorschüsse bei Gericht selbst zu erlegen.

Obgleich des Umstandes, daß der Anwalt keine Gerichtstaxen ablöst, hat die Insinuation der Dekrete an erzsteren zu geschehen.

*) Mit besonderer Beziehung auf Bayern.

2) Hinsichtlich der freiwillig übernommenen Auslagen für Gerichtstaxen, Stempel und Postporto steht dem Anwalte das gesetzliche Vorzugsrecht in der ersten Klasse nach den Staatsabgaben für denselben Zeitraum, so wie diesen, zu.

3) Hinsichtlich seiner bedungenen jährlichen Bestallung oder der richterlich festgesetzten weiteren Forderungen aber hat derselbe einen gesetzlichen Rechtsmittel für Erwerbung einer Hypothek; außerdem aber, wo nämlich keine genügende Hypothek bestellt werden kann, den Rang nach den Staatsabgaben für obigen Zeitraum.

4) Den Anwälten steht bis zur Berichtigung ihrer Deserviten oder Sicherstellung derselben das Retentionsrecht auf die Manual-Akten und sonstigen Dokumente des Klienten zu.

§. 4.

Jedes Gericht ist verpflichtet, die von der Partei anerkannten, oder richterlich festgesetzten Forderungen des Anwaltes auf Anrufen gleich den Gerichtstaxen ohne weitere Verhandlung durch alsbaldige Hülfsvollstreckung oder durch Requisition an das Gericht, welches dem Klienten gesetzlich zuständig ist, exekutorisch betreiben zu lassen.

§. 5.

Die Honorirung und Auslagenvergütung des Anwaltes richtet sich auf den Grund der in der anliegenden Tabelle A. enthaltenen Tarbeträge nach folgenden Bestimmungen:

Diesen Bestimmungen ist die Unterscheidung

A. eines Tar-Sazes, wobei lediglich formelle Gesichtspunkte als entscheidende Momente in Betracht kommen, und

B. einer Tar-Klasse, wobei zugleich auch materielle Rücksichten maßgebend seyn sollen, —
zum Grunde gelegt.

A.

Tar-Satz.

1) Die Geschäfte des Anwaltes, welcher seinem Klienten theils als Consultant Beistand leistet, theils dessen Person als Bevollmächtigter vertritt, und zwar entweder durch seine persönliche Gegenwart und Vermittlung oder durch schriftliche Mittheilung, sey es nun vor den Gerichten und Behörden des Staates, oder Privaten gegenüber, subsumiren sich zwar alle unter die in der anliegenden Tabelle A. aufgeführten Kategorien anwaltlicher Mühewaltung, jedoch versteht es sich hierbei von selbst, daß für jede einzelne vorgenommene Handlung und Verrichtung immer wieder speziell, sohin nicht im Allgemeinen für den ganzen Umfang des Geschäftes der Betrag des Deservites ausgemittelt und festgestellt werden muß.

2) Bezüglich

a) der Registratur und Buchhaltung, darin

b) der Kanzlei-Ergenz,

finden Aversalentschädigungen statt, welche per Jahr für den ganzen Umfang eines Geschäftes im Allgemeinen ohne Rücksicht auf einzelne Handlungen oder Bedürfnisse verrechnet werden.

3) Der Tar-Satz ist ferner:

I. Ranges, oder

II. Ranges

in einem erhöhten oder geminderten Betrage, in Bezug auf

britische und persönliche Verhältnisse regulirt und richtet sich nach folgenden Bestimmungen:

- a) Alle Anwälte, welche in den Städten: München ac. ihren Wohnsitz haben, können in der Regel den Tar-Satz I. Ranges vorbehaltlich der nachstehenden speziellen Ausnahmen in Anspruch nehmen, während
- b) diejenigen, welche in anderen Orten angestellt sind, nur den Tar-Satz II. Ranges in Ansatz bringen dürfen; allein
- c) auch letztere dürfen sich des Tar-Satzes I. Ranges bedienen, in so ferne sie bereits 10 Jahre als wirkliche Anwälte patroziniren, jedoch nur bezüglich der Berechnung des Honorars, sohin exclusive der Vergütung für Registratur und Kanzleiergänz, worin sie nur den Tar-Satz II. Ranges ansprechen können.

4) Der Tar-Satz theilt sich ferner in halben oder ganzen Tar-Satz ab, und bildet

a) bei persönlicher Mühewaltung jeder

halbe oder ganze Tag, —

b) bei schriftlichen Arbeiten jeder

halbe oder ganze Bogen,

c) bei der Aversal-Entschädigungs-Taxe aber jedes

halbe oder ganze Jahr

die Gränzlinie für die Einstellung des halben oder ganzen Tar-Satzes, jedoch in der Art, daß dasjenige, was unter

oder über die Halbscheid fällt, sofort als halbe oder ganze Taxe zu berechnen ist, und die fernere Berücksichtigung der unter oder über der Halbscheid sich ergebenden Gradationen einzig und allein dem Ermessen des Anwaltes überlassen bleibt, und finden hievon nur zwei Ausnahmen statt, nämlich:

- a) bei jedem Einlaufe, welcher sich nicht über $\frac{1}{4}$ Bogen erstreckt, ist die Taxe unabänderlich für Inspektion und Aktenstudium auf 30 fr. und
- b) unter gleicher Voraussetzung für jede Vormerkung oder jedes Excerpt auf 15 fr. festgesetzt.

5) Bezüglich der Universal-Entschädigungs-Taxe findet eine Ausnahme in so ferne statt, daß überall, wo das ganze Geschäft nur eine einzige Handlung oder Schrift des Anwaltes in Anspruch genommen hat, keine Entschädigung für Registratur und Kanzleierganz in Ansatz gebracht werden darf.

B.

Taxe-Klasse.

1) Der ferneren Berechnung der betreffenden Taxe ist eine Ausschcheidung in drei Klassen zum Grunde gelegt, welche unter gleichzeitlicher Berücksichtigung der nachstehend bezeichneten drei Momente auszumitteln und festzustellen ist, nämlich:

- I. nach dem größeren oder geringeren Werthe des Streitobjectes;
- II. nach den größeren oder geringeren Vermögensverhältnissen des Klienten;
- III. nach der größeren oder geringeren Schwierigkeit der vorgenommenen Handlung.

Der Gegenstand qualifizirt sich zur Aufnahme in die I. oder III. Klasse,

je nachdem zwei von diesen drei Momenten in der Art zusammentreffen, daß jeder dieser beiden Momente die Einstelung in eine höhere oder resp. tiefere Klasse motivirt, sohin die höchste oder tiefste Taxklasse begründet.

Sobald aber für die Aufnahme in die I. oder III. Klasse nur Einer dieser drei Momente spricht, so eignet sich der Gegenstand in die II. Klasse.

2) Die für jede Klasse noch besonders zu bestimmenden Ansätze innerhalb des vorgeschriebenen:

maximum und minimum

bleiben einzig und allein dem Ermessen und der Wahl des Anwaltes überlassen, vorbehaltlich der Aenderung der Klasse, und der sich dadurch von selbst ergebenden Reduktion des früheren Ansatzes nach dem Proportionsverhältnisse des minimum und maximum in der dafür eingestellten Klasse.

§. 6.

Die gegenwärtigen Taxbestimmungen finden auch in denjenigen Fällen ihre Anwendung, wo die gegnerische Partei in die Kosten des gegnerischen Anwaltes verurtheilt wird.

§. 7.

1) Die Anwälte sind verbunden, für jeden Klienten einen besonderen Manualact anzulegen, und in der Art geschäftsordnungsmäßig zu führen, daß aus demselben die ganze Geschäftsführung vollständig ersichtlich, sohin jede seiner Handlungen, sey sie nun gerichtlich oder außergerichtlich, jeder Vorgang, jede Unterredung, Correspondenz u. in wichtigen Fällen ihrem ganzen Umfange nach, in anderen

wenigstens durch Vormerkung des wesentlichsten Inhaltes attestmäßig gemacht ist. Namentlich wird den Anwälten die Aufnahme vollständiger Informationsprotokolle, welche vom Clienten eigenhändig zu unterzeichnen sind (übrigens auch in einem Briefe bestehen können) bei der Uebernahme eines jeden Geschäftes zur Pflicht gemacht.

2) Ferners haben dieselben ein eigenes

1. Ein- und Auslauf-Journal, sodann ein

2. Depositenbuch über alle fremden, eingegangenen Gelder und Effecten, und deren Hinausgabe und endlich ein

3. Deservitenbuch, in rechnungsmäßiger Form mit Soll und Haben zu führen.

3) Den Anwälten stehen bezüglich ihrer Manualakten und Bücher dieselben Rechte zu, welche den Handelsbüchern der Kaufleute zukommen,

Cod. jud. b. o. 11. §. 3. Nr. 2.

und hat sich derjenige, welcher die Führung des Manualaktes oder der obenbefagten Geschäftsbücher und Journale unterläßt, oder hierin nachlässig und mangelhaft verfährt, die hieraus entstehenden Folgen selbst zuzuschreiben.

§. 8.

Die Feststellung der Deserviten auf richterlichem Wege geschieht nicht ex officio, sondern in so ferne sich über die Anwendung des gegenwärtigen Tax-Regulatives Differenzen ergeben, und von Seite eines Theilnehmers richterliche Hilfe imploirt wird, auf dem Wege des Compromisses, durch gewählte Schiedsrichter, ohne Zulässigkeit einer Appellation oder sonstiger Rechtsmittel.

Bezüglich dieses Schiedsgerichtes gelten folgende Bestimmungen:

1) Die Constituirung desselben steht auf Anrufen des Theilnehmers, welcher zugleich eine Spezifikation der in Frage gestellten Deserviten mit vorzulegen hat, demjenigen ordentlichen Civilgerichte zu, dessen Jurisdiction der Anwalt oder Client unterworfen ist, gegen welchen die richterliche Festsetzung des Deservits in Anspruch genommen wird. Insofern jedoch dieses Gericht ein Landgericht wäre, so requirirt und ermächtigt dasselbe das zunächst liegende Kreis- und Stadtgericht commissorio modo die Constituirung und Leitung des Schiedsgerichtes zu pflegen.

2) Die Wahl der Schiedsrichter steht den beiden Theilnehmern, — Anwalt und Client — in der Art zu, daß Jeder derselben zwei Individuen hiezu bezeichnen.

Von den sowohl auf Seite der einen, als andern Partei gewählten zwei Schiedsrichtern muß der Eine dem Advokatenstande, und der Andere dem wirklichen aktiven Richterstande (gleichviel ob welchem Gerichte) angehören; jedoch müssen sie am Orte des Kreis- und Stadtgerichtes, welchem die Constituirung des Schiedsgerichtes übertragen ist, domiciliren, und dürfen in der Sache, worin die Deserviten festgestellt werden sollen, weder als Richter, noch Anwalt beschäftigt gewesen seyn.

Die Gewählten können die auf sie gefallene Wahl nicht ablehnen.

3) Dem Schiedsgerichte werden die betreffenden Manualakten und Geschäftsbücher, so wie auch die betreffenden Gerichtsakten vorgelegt, und es ist jeder Theilnehmer Partei oder ihrem Bevollmächtigten erlaubt, diese Akten und Bü-

her einzusehen, und in einer besonderen Schrift die für und gegen jeden Theil streitenden Gründe mit vorzulegen.

4) Den Vorsitz im Schieds-Gerichte führt ein Mitglied jenes Gerichtes, dem die Constitution desselben übertragen ist, jedoch hat sich dasselbe bezüglich der Entscheidung selbst jedes Votums zu enthalten.

5) Nachdem die Mitglieder des Schiedsgerichtes vom Vorsitzenden in Pflicht genommen worden, haben sie unter sich durch Stimmenmehrheit den Referenten zu ernennen, und entscheidet im Falle der Stimmengleichheit das Loos.

6) Nach erstattetem Vortrage und collegialer Berathung urtheilt das Schiedsgericht nach Stimmenmehrheit, ohne Zulassung eines prozessualischen Verfahrens oder einer Beweisführung, außer dem nach §. 7. Nr. 3. geeigneten Falles zulässigem Eide, nach seiner inneren subjektiven Ueberzeugung in der Eigenschaft einer Jury, und würdigt namentlich die jede Tax-Klasse bestimmenden Momente unter Berücksichtigung der in der Notorietät und in den Akten gegebenen Anhaltspunkte ex aequo et bono.

7) Im Falle einer Stimmen-Gleichheit ist die II. Tax-Klasse und zwar II. Ranges anzuwenden, und können auch diejenigen Anwälte, welche sonst den Tax-Satz I. Ranges in Anspruch zu nehmen haben, hiervon keinen Gebrauch machen.

8) Das schiedsrichterliche Erkenntnis wird sofort ohne Beifügung von Entscheidungs-Gründen unter namentlicher Aufführung der Schiedsrichter förmlich ausgefertigt und vom vorsitzenden Gerichtsmitgliede unter Beidrückung des Gerichtsiegels unterzeichnet.

Die schiedsgerichtlichen Verhandlungen werden tax- und

stempelfrei gepflogen, und kann auch von Seite der Schiedsrichter kein Honorar für Mühewaltung in Anspruch genommen werden.

§. 9.

Die Behandlung der Deserviten in Betreff von Notariats-Instrumenten, in so ferne selbe zweiseitige Verträge bezwecken, findet nach den in der Beslage B. enthaltenen Bestimmungen statt. —

Tar = Positionen.	Tar = Satz.	Tar = Klasse.					
		I.		II.		III.	
		min.	max.	min.	max.	min.	max.
Persönliche Mithwaltung. Information. Audienz, Konferenz Inspektion. Akteninspektion Einlauf Augenschein Consultation. Berathung. Relation. Eröffnung. Declaration Commissorium. Commission, Termin, Gang Audienz, Konferenz. Recess, Reden.	I. Ranges	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
	ganger Satz	2	4	4	5	5	10
	halber Satz	1	2	2	2 30	2 30	5
	II. Ranges	1 30	3	3	4	4	8
	ganger Satz	—	45	1 30	2	2	4
	halber Satz	—	—	—	—	—	—
Schriftliche Arbeiten.	I. Ranges.	—	—	—	—	—	—
	ganger Satz	1	2	2	3	3	6

Referat, Gutachten, Abhandlung Gesuch, Bittschrift, Anfrage Erklärung, Antrag, Instruk. Revers Urkunde, Notariats-Instr. Prozess-Schriften, jeder Art Klagen, Vertheid., Reccesse. Beschwerden, Berufungen u.	halber Satz II. Ranges ganger Satz halber Satz	— 30 — 30 — 15	1 1 — 30	1 1 30	1 30 2 1	1 30 2 1	3 — —
Registratur und Kassawesen. Manualact. Registrirung und Conservir. Depositen. Originalbocum. Effecten Buchhaltung. Ein- und Auslauf-Journal Depositenbuch Deservitenbuch	I. Ranges. ganger halber II. Ranges. ganger halber	3 1 30 1 30 — 45	6 3 3 — 45	6 3 3 1 30	12 6 6 3	12 6 6 3	24 12 12 6
Rangleyerigen. Geschäftsaktoal, Bezeichnung und Bezeichnung Substitut in Abswesen. oder Verhind. Conchp. Bibliothek und Schreibmaterialien Auslauffer, Bureauinter	I. Rang. ganger halber II. Rang g. ganger halber	3 1 30 1 30 — 45	6 3 3 1 30	6 3 3 1 30	12 6 6 3	12 6 6 3	24 12 12 6
Besondere Auslagen. Pläten — auf Reisen (excl. der Gefäßgebet)	I. Ranges. ganger halber II. Ranges. ganger halber ganger S. halber S.	3 1 30 2 1 6 3	6 3 4 2 12 6	6 3 4 2 12 6	12 6 8 4 18 9	12 6 8 4 18 9	24 12 16 8 24 12
Copialien (excl. der Stempel)		—	—	—	—	—	—

Beilage B.

Official-Assistenz.

(Zusatz-Artikel für eine Advokaten-Ordnung.)

§. 1.

1) Die Contrahenten sind gehalten, bei Verhandlung und Protokollirung von Notariats-Instrumenten, insofern sie selbst zweiseitige Verträge betreffen, nach Maßgabe der nachstehenden §§. 3. und 4. von der Beiziehung der im Staate aufgestellten Anwälte als Rechtskonsulenten Gebrauch zu machen.

2) Verträge der Siegelmäßigen und diejenigen Instrumente, welche nach Cap. II. §. 6. der bayr. provisorischen Tarordnung vom 8. Oktober 1810 keiner förmlichen Briefserrichtung bedürfen, sind hievon ausgenommen.

§. 2.

Zu diesem Behufe unterscheidet man zwischen:

- a) den gewöhnlichen Anwälten, welche sich jede Partei aus den vom Staate aufgestellten Advokaten selbstbeliebig wählt, und
- b) den Official-Assistenten, welche das Gericht in Ermangelung einer solchen Wahl aus der Zahl der am Gerichts-Sitze angestellten Anwälte nach dem Turnus benennet.

§. 3.

1) Die Parteien können gemeinschaftlich oder jede für sich ihren Rechts-Konsulenten und Beiständer aus der Zahl der vom Staate angestellten Anwälte auch in dem sub

§. 1. bezeichneten Falle nach Belieben wählen, und wird derselbe nach den Bestimmungen der allgemeinen Advokaten-Tarordnung honorirt.

2) Jedoch bleiben diese Parteien dem ohngeachtet verbunden, die Targebühren für Official-Assistenz, wie sie im nachfolgenden §. 6. bezüglich der Official-Assistenz angeordnet ist, geradezu zu entrichten, als wenn sie von der Official-Assistenz wirklich Gebrauch gemacht hätten.

3) Hat aber nur Eine der den Vertrag schließenden Parteien von dem ihr sub §. 3. Nr. 1. zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, so hat sie nur den halben Theil der Targebühren für Official-Assistenz, wie Nr. 2. angeordnet ist, zu bezahlen, und legt die Berichtigung der anderen Hälfte dem anderen Theile ob, welchem sodann in Gemäßheit des §. 4. ein Official-Assistent besonders zugetheilt wird.

§. 4.

1) In so fern keine der beiden kontrahirenden Personen einen eigenen Anwalt in Gemäßheit des §. 3. Nr. 1. und 2. gewählt hat, wird in dem Falle, wo der §. 1. in Anwendung kommt, vom Gerichte aus der Zahl der für dieses Gericht angestellten Anwälte für beide Parteien ein gemeinschaftlicher, und in so fern nur Eine derselben für sich selbst einen eigenen Anwalt in Gemäßheit des §. 3. Nr. 3. gewählt hat, für die andere Partei ein Official-Assistent nach dem Turnus ernannt.*)

2) Das Journal, welches die Gerichte über diese Zu-

*) Für den Fall, als sich am Gerichtssitze kein Anwalt befindet, wird der im nächstliegenden Gerichtsprengel domicillirende Anwalt aufgestellt.

theilungen im Turnus zu führen haben, steht den Anwälten in jedem Augenblicke zur Einsicht und Controlle offen.

3) Collibirt die Official-Assistenz eines Anwaltes nach den gesetzlich vorhandenen Bestimmungen mit seinen Verhältnissen zur zugetheilten Partei, so hat derselbe dem Gerichte hiervon Anzeige zu machen, und ist sodann der nächstfolgende Anwalt im Turnus statt desselben als Official-Assistent aufzustellen. —

§. 5.

Der Anwalt und die resp. kontrahirenden Theile vereinigen sich in einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft über den in Frage stehenden Vertragsentwurf, und nachdem sie sich über die Formulirung desselben verständigt haben, legen sie denselben in einer gemeinschaftlichen Eingabe dem Gerichte zur vorläufigen Prüfung vor, welches, insofern noch Anstände obwalten, die erforderliche Verfügung erläßt, entgegengefügten Falles aber zur förmlichen Protokollirung und Verlesung schreitet.

§. 6.

1) Für die gesammten im vorstehenden §. bezeichneten Bemühungen, sohin einschließig der Information, der Conferenzen und Gänge, und sonst wie immer Namen habenden schriftlichen oder mündlichen Handlungen, dann der Auslagen für Registratur und Buchhaltung, dann Kanzleierigens und Copialien (jedoch excl. der Stempel- und Gerichtstaxen, welche besonders vergütet werden) erhält der Official-Assistent:

a) in denjenigen Fällen, wo nach der provisorischen Tar-

ordnung v. J. 1810 §. 8. von jedem Gulden $\frac{1}{2}$ fr. erhoben wird, wenn er

- 1) unter die Anwälte gehört, welche nach der allgemeinen Advokaten-Tarordnung den Tarfaß I. Ranges anzusprechen haben, einen Aversalbetrag von 2 fl.
- 2) wenn er nicht unter die Zahl dieser Anwälte gehört, einen Aversalbetrag von 1 fl.
- b) in denjenigen Fällen, wo nach der angezogenen Tarordnung v. J. 1810 §. 8. $\frac{1}{4}$ fr. von jedem Gulden erhoben wird, — wenn er
 - 1) den Tarfaß I. Ranges anzusprechen hat, einen Aversalbetrag von 4 fl.
 - 2) im entgegengesetzten Falle einen Aversalbetrag von 2 fl.
- 2) Diese Gebühren für Official-Assistenz werden zugleich mit den Gerichtstaxen vom Gerichte erhoben, verrechnet und quartaliter an den betreffenden Official-Assistenten hinausbezahlt.
- 3) Die im §. 3. Nr. 2. und 3. bezeichneten Gebühren sind, wie sich von selbst versteht, vom Gerichte demjenigen Anwalte zu verrechnen und zu behändigen, welchen die Official-Assistenz im Turnus getroffen haben würde. —

L i t e r a t u r.

Da die Literatur über das Advokatenwesen sehr umfangreich, und zum Theile weniger bekannt ist, als es wünschenswerth wäre, so möchte ein Verzeichniß derselben schon darum gerechtfertigt seyn, weil es einen Gegenstand betrifft, welcher namentlich in der neuern Zeit von sehr verschiedenen Gesichtspunkten aus bearbeitet worden ist, und im praktischen Leben einer neuen Begründung und Umgestaltung höchst dringend bedarf.

Wenn man die gesammte Literatur über das Advokatenwesen in einen Ueberblick zusammenzieht, so dringt sich vor Allem die allgemeine Bemerkung auf, daß beinahe Alle, welche über diesen Gegenstand geschrieben haben, denselben nur fragmentarisch behandeln haben, ohne sich des innern Principes, das ihren Ansichten zum Grunde liegt, klar und bestimmt bewußt zu seyn. Ohne sich auf eine Beantwortung der Frage einzulassen, in welchem Verhältnisse die Advokatur ihrem Grund und Wesen nach zum Staate, und in welchem Verhältnisse zum Clienten stehe, wird sogleich auf eine Entwicklung der anwaltlichen Zustände selbst eingegangen, und den verschiedenen Folgefällen bald ein rein privatrechtliches Dienstes-Verhältnis, bald eine staatsdienliche Eigenschaft bunt ineinander gemengt, zum Grunde gelegt. Bei der gemisch-

ten, vermittelnden Natur des anwaltlichen Verhältnisses ist diese Behandlungsweise auch leicht erklärbar, allein gerade daraus geht um so dringender die Nothwendigkeit hervor, sich vor Allem über das Princip dieser doppelten Stellung des Anwaltes präcis zu verständigen, und die sich hieraus entwickelnden Folgefälle sowohl nach dieser, als jener Richtung hin klar ausgeschieden vor das Auge zu stellen.

Gans, von dem Amte der Fürsprecher vor Gericht, nebst einem Entwurfe einer Advokaten- und Taxordnung. Hannover 1820. 2te Ausg. Celle 1827.

Randohr, v., über die Organisation des Advokaten-Standes in monarchischen Staaten. Hannover, Hahn, 1801.

Waagemann, v., der Advokatenstand u. Göttingen 1811.

Hagen, v., Beiträge zur Reform der Advokatur in Deutschland. Magdeburg 1845.

Aphorismen aus der Praxis von A. Möller. Nürnberg 1844.

Ideen zur Verbesserung der Stellung des Advokaten-Standes von Bleichschmidt. Leipzig 1840.

Aufgabe, die, des Advokatenstandes in constitutionellen Staaten von Steinacker. Braunschweig 1841.

Ueber den Advokaten-Stand von Rahmer. Marburg u. Cassel 1818.

Aphorismen über den Verfall des Advokaten-Standes und über die Mittel, ihn zu heben. Von E. B. M. Passau, Pustet 1823.

Gedanken und Wünsche über den Advokatenstand im Königreiche Bayern von Lorenz. Bamberg 1824.

Gründe für und wider die gewöhnliche Einrichtung der Advocatur in Deutschland. Gotha 1798.

Der deutsche Advokat von Enevogt. Jena 1803.

Erörterung der Frage: ob die Abschaffung der Advokaten dem gemeinen Wesen nützlich oder schädlich sey? B. v. . . 1780.

Ueber Verbesserung der Stellung und Sicherung der Substanz der Advokaten. München 1837. Hofbuchhandlung von Ph. J. Bayer.

Betrachtungen über die Mängel des Advokatenstandes und Vorschläge zur Vervollkommenung desselben von Kettenacker. Freiburg 1811.

Ueber den Advokatenstand von St. v. Kewer. Würzburg 1806.

Briefe über den Beruf des Advokaten. Aus d. Franz. v. Camus. München 1827. Wolf.

Mittheilungen aus dem Leben eines Advokaten. Herausg. v. Dr. E. Veermann. Frankfurt a. M. 1838.

Ein deutscher Advokat von Karl Buchner. Darmstadt 1844.

Darstellung der sachgemäßen Registratur und Buchführung deutscher Rechtsanwälte von G. A. Falco, sen. Erlangen 1843.

- Die Reform** des Advokatenstandes in Deutschland u. von Beschorner. Dresden und Leipzig 1840.
- Rünzberg**, Beiträge zur Diagnose der deutschen Prozeßnoth. Erlangen 1837.
- Betrachtungen** über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege von Feuerbach. Gießen 1821.
- Mittermaier**, der gemeine deutsche Prozeß in Vergleichung mit dem französischen. Bonn 1822.
- Mittermaier**, die künft. Stellung des Advokatenstandes im Archiv für civilt. Praxis **XV.** 1. 2. 3.
- Advokat**, in der allg. Encyclop. der Wissensch. u. Künste v. Ersch. u. Gruber 1818.
- Die Vorschläge** (lithogr.) der im J. 1827 zur Bearbeitung einer Advokaten-Ordnung u. für Bayern aus Anwälten zu München nübergeordneten Commission.
- Projekt** einer auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege berechneten Advokaten-Ordnung. Straubing 1828.
- Betrachtungen** über Gegenstände des schriftlichen Civilprozesses und Advokatenwesens. Erlangen 1845.
- Anwalt-Zeitung**. Eine Wochenschrift. Heidelberg 1844 u. 1845 u.
- Deutschlands Rechtspflege**. Altenburg 1831.
- Versuch** über das rechtl. politische Verhältniß des öffentlichen Sachwalters zu dem Staate von Grund. Regensburg 1804.
- Ueber die Reform** des Advokatenwesens von Straß.
- Ideen** über den Gesetzentwurf, die Gebühren der Sachwalter des Großherzogthums Weimar betr. Jena 1832.
- Ueber die Vereidung** des Advokatenstandes in Frankreich von Hugo. (Berl. Monatschrift 1789. St. 5. Mag. S. 497.)
- Der Staatsdienst** aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der National-Ökonomie von Gönner. Landshut 1808.
- Von Staatsämtern und Staatsdienern** von der Vecke 1797. Heilbron.
- Von dem Verhältnisse** des Staates und der Diener des Staates gegeneinander im rechtl. und polit. Verstande v. Cressert. Würzburg 1793.
- Gehalte** der Wittwen und Waisen der Rechtsanwälte in Bayern, von Fr. v. Böldernsdorf. Pustet, Passau 1821.
- Ueber Wittwen- und Waisen-Pensions-Anstalten** von Gehrb. Bei G. Franz in München 1844.